

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Drahtschiff: Tagesblatt Rieser  
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung der Kreisgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamtsamtlichen.

Postamt: Dresden 1530  
Stadtkasse Rieser Nr. 22.

Nr. 200.

Freitag, 28. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Ellen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; getrennter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Fernläufige Abgabe erfolgt, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Krautler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lüdemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Pitzsch, Rieser.

## Der deutsche Standpunkt zur neuen Briand-Note.

Berlin, 28. August. Die politische Öffentlichkeit beschäftigt sich heute ausschließlich mit dem Wortlaut der neuen französischen Note, die als ein Meisterwerk französischer diplomatischer Kunst bezeichnet wird. Briand hat in aller dialektischen Feinheit bedient, um die in der deutschen Note aufgeworfenen Fragen in den Hintergrund zu drängen und statt dessen den französischen Standpunkt immer wieder in den Vordergrund zu schieben. Besonders interessant ist die Art, mit der Briand den deutschen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Anpassung der Versailler Vertragsbestimmungen und insbesondere des Nebenlandproblems an die durch den Abschluß dieses Sicherheitspaktes neu geschaffene politische Situation zurückzuweisen sucht. Briand sagt wörtlich:

„In Übereinstimmung mit den Alliierten ist die französische Regierung der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag, noch die Rechte, die nach diesem Vertrag Deutschland und den Alliierten zustehen, beeinträchtigt werden dürfen. Ebensoviele wie der Vertrag dürfen auch die Garantien für seine Durchführung oder die Bestimmungen, welche die Anwendung dieser Garantien regeln und in gewissen Fällen ihre Erleichterung vorsehen, durch die in Aussicht genommenen Abmachungen geändert werden.“

Diesen französischen Einwand wird die deutsche Regierung selbstverständlich mit gebührendem Nachdruck zurückweisen können. Deutschland hat in keiner Weise die Absicht verfolgt, den Sicherheitspakt etwa so auszulagern, daß durch seine Bestimmungen eine Revision des Versailler Vertrages durchgeführt werden könnte. Dagegen muß die französische Regierung selbst anerkennen, daß der Artikel 19 des Versailler Vertrages ausdrücklich der deutschen Regierung das Recht zugeht, neue Abmachungen zu verlangen, die dem jeweiligen Zustand Rechnung zu tragen haben. Die Verhandlungen, die Deutschland verlangt, sollen auch nicht durch die Bestimmungen des Sicherheitsvertrages, sondern auf dem Wege einer freien Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen durchgeführt werden.

Von größter Bedeutung sind die Erklärungen der Note über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Briand stellt fest, daß die alliierten Regierungen sich nicht das Recht anmaßen könnten, im Namen des Völkerbundes Abmachungen mit Deutschland zu treffen. Deutschland könne nicht als ein außerhalb des Völkerbundes stehender Staat seine Vorbehalte stellen wollen, da diese sonst den Charakter von Bedingungen annehmen würden. Erst innerhalb des Völkerbundes könne Deutschland seine Wünsche dem Völkerbundrat unterbreiten, indem es von einem Recht Gebrauch macht, das allen dem Bunde angehörenden Staaten zusteht.

Hierzu wird von maßgebender deutscher diplomatischer Seite folgendes festgestellt: Die deutsche Regierung hat bereits im vorigen Jahre bei den Erörterungen über einen eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund an alle zehn Völkerbundmächte die Frage gerichtet, ob sie bereit seien, Deutschland Sitz und Stimme im Völkerbundrat zuzugestehen. Damals haben sämtliche zehn Völkerbundmächte bejahend geantwortet, so daß der deutsche Sitz im Völkerbundrat gesichert ist. Denselben Weg will die deutsche Regierung auch hinsichtlich des Artikels 18 der Völkerbundstatuten wählen, der bekanntlich für Deutschland die schärfste Verpflichtung des Durchmarsches fremder Nationen durch Deutschland enthält. Sie stellt daher an die beiden Hauptmächte des Völkerbundes, an England und an Frankreich, die direkte Anfrage, ob sie bereit sind, einer von Deutschland zu beantragenden Revision des Artikels 18 zuzustimmen. Mit der bisherigen ausweichenden Antwort wird Deutschland sich natürlich nicht zufrieden geben können. Vielmehr müssen England und Frankreich als maßgebende Völkerbundmächte sich dazu bekennen, wie sie sich zu dieser deutschen Forderung, wenn sie innerhalb des Völkerbundes selbst gestellt wird, verhalten werden.

Die französische Note behandelt auch die für die deutsche Regierung aufgeworfene Frage der allgemeinen Abrüstung. Sie handelt sich hier wohl um die allerwichtigste Stelle, die die französische Note überhaupt enthält, und man kann sogar deutscherseits feststellen, daß die Auslegungen Briands in Berlin geradezu überholt sind. Wenn die Behauptung ausgesprochen wird, daß die Abrüstungsfrage bisher nur deswegen nicht gelöst werden konnte, weil Deutschland außerhalb des Völkerbundes stand, so muß man zunächst deutscherseits daran erinnern, daß im Jahre 1919 während der Friedensverhandlungen in Versailles der deutsche Delegierte Graf Brockdorff-Rantzau den Antrag gestellt hat, Deutschland sofort zum Völkerbund zuzulassen. Dieser deutsche Antrag wurde feinsinnig abgelehnt, so daß es jedenfalls nicht die Schuld der deutschen Regierung ist, wenn Deutschland sich heute noch außerhalb des Völkerbundes befindet. Briand scheint sich aber der Tatsache bewußt zu geworden zu sein, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung in dem Augenblick aktuelle Bedeutung gewinnen muß, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes sein wird. Dies ist tatsächlich ein sehr interessantes Eingeständnis Briands, dessen Tragweite man keineswegs unterschätzen darf. Deutschland kann sich also als Völkerbundsmacht nunmehr auf die Briand-Note berufen und die Forderung aussprechen, daß der Völkerbund sofort die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung in die Hand nimmt. Damit hat die Frage der Abrüstung, die bereits der Reichskanzler Dr. Brücker in seiner letzten Reichstagsrede angeklungen hatte, vorläufig eine Lösung gefunden. Die

eine weitere Diskussion im Rahmen der Sicherheitsverhandlungen wahrscheinlich überflüssig machen wird.

Abschließend muß hervorgehoben werden, daß die neue französische Note sich sehr wesentlich von der ersten Briand-Note vom 16. Juli unterscheidet. Man sieht, daß die französische Regierung durch die klare und eindeutige Fassung der deutschen Antwortnote vom 20. Juli nicht in der Lage war, ihren völlig einseitigen Standpunkt aufrecht zu erhalten und daß sie sich in eine Verteidigungsstellung gedrängt sieht, um nicht ganz den französischen Standpunkt preisgeben zu müssen. In dieser Hinsicht ist also ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, der jedoch keineswegs überhöht werden darf.

## Uebersetzung der deutschen Antwort in Paris.

Paris, 28. August. Der deutsche Botschafter v. Goltz hat gestern nachmittags 6 1/2 Uhr dem französischen Außenminister Briand die deutsche Antwort auf die kürzliche französische Demarche in Berlin in der Sicherheitsfrage überreicht. Die Antwort, die sehr kurz ist und knapp eine Seite umfaßt, wird am Sonnabend früh in Berlin und Paris zur Veröffentlichung gelangen.

Die deutsche Antwort auf die französische Note der italienischen Regierung überreicht. Rom. (Zuspruch.) Der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat Dr. von Wittlich überreichte heute dem italienischen Außenminister Marquis Paulucci Galbo die deutsche Antwort auf die französische Note vom 24. 8. über den Sicherheitspakt.

## Einigung im Berggewerbe.

### Die angekündigte Generalaussperrung aufgehoben.

Berlin. (Zuspruch.) Der Reichsverband des deutschen Berggewerbes teilt mit: Die im Reichsarbeitsministerium am gestrigen Nachmittag eingeleiteten Verhandlungen zwecks Erklärung der Verbindlichkeit des am 14. August gefällten Schiedsspruches haben nach außerordentlich schwierigen, während der ganzen Nacht durchgeführten Verhandlungen am heutigen Vormittag zu einer Einigung geführt. Hierdurch wird die angekündigte Generalaussperrung aufgehoben.

Reider muß festgestellt werden, daß diese Einigung durch die Arbeitgeberverbände des Berg- und Betonbaugewerbes mit schweren Opfern erkauft ist. Nicht nur die Facharbeiterlöhne in den kritischen Gebieten wurden erhöht, sondern auch die Löhne der Hilfsarbeiter erfahren teilweise eine Erhöhung bis 5 Pfennig pro Stunde. Lediglich der Reichsverband des deutschen Berggewerbes e. V. Berlin hat, was die Tiefbauarbeiter anlangt, jede Lohnerhöhung abgelehnt. Ueber die Tiefbauarbeiter ist deshalb in den kritischen Gebieten eine Tarifvereinbarung nicht zustande gekommen. Diese Tatsache dürfte jedoch keinerlei Schwierigkeiten nach sich ziehen.

## Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn.

Die Schiedsverhandlungen abgebrochen. Berlin. Die Schlichtungskammer zur Verlegung des Lohnkonflikts bei der Reichsbahn tagte gestern von 11 Uhr vorm. bis nach 10 Uhr abends. Als die Arbeitnehmer erkannten, daß ihrer Forderung auf allgemeine Lohnerhöhung in dem Schiedsspruch nicht entsprochen werden würde, verließen ihre Vertreter in der Schlichtungskammer vor der Abstimmung die Sitzung mit der Erklärung, da sie sahen, daß ein Schiedsspruch zustande komme, der den Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage nicht Rechnung trage, müßten sie ihre Mitarbeit an dieser Spruchkammer einstellen. Durch dieses Verhalten der Arbeitnehmer-Beitrag wurde das Schiedsgericht gesprengt.

## Die Lohnbewegung bei der Reichspost.

Berlin. Die Verhandlungen, die gestern nachmittag im Reichspostministerium über die Lohnforderungen der Post- und Telegraphenarbeiter geführt wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Sie sind auf heute nachmittag vertagt worden.

## Ueber den geplanten Preisabbau.

Berlin. Unter dem Vorsteh der Staatssekretärs Treudenburg wurde gestern im Reichswirtschaftsministerium mit den Vertretern der Gewerkschaften, Beamtenverbände und Konsumvereine über die Preisabbauaktion der Reichsregierung verhandelt. Ein Regierungsvorsteher erklärte, daß die Regierung nunmehr bezüglich der Anwendung der Kartellgesetze energisch vorgehen werde. Es wurde ferner in Aussicht gestellt, daß die Regierung die Ermäßigung der Umsatzen in der Preisabauaktion der Wirtschaft kontrollieren werde. Die Auffassung der Ge-

werkschaftsvertreter ging dahin, daß, wenn es nicht in kurzer Zeit gelänge, die preiswertenden Wirkungen der jüngsten Wirtschaftsgesetze aufzuheben, schwere soziale Kämpfe um die Erhaltung des Reallohns unvermeidlich sein würden.

## Die Weltkirchenkonferenz.

Stockholm. Die Weltkirchenkonferenz behandelte gestern die Frage: Kirche und kirchliche Erziehung. Der erste Redner Dr. William Adams (New York) berichtete über die Arbeiten der Kommission und erklärte u. a.: Die Kirche ist ihrer Verantwortung in erzieherischen Fragen bewußt und darf sich die Größe der Aufgabe nicht verhehlen. Alle unter christlichem Einfluß stehenden Kreise müssen zusammenwirken, um eine wahrhaft kirchliche Erziehung herbeizuführen. Die Kommission befragte die Gründung eines internationalen Bureaus für Erziehung und Fortbildung, das den verschiedenen christlichen Kirchen eine Art Clearinghouse auf Information in kirchlichen und religiösen Fragen sein soll. Synodalpräsident Koch (Desterreich) betonte, in der Erziehung liege die Zukunft der ganzen Nation.

Darauf wurde das Thema behandelt: Erziehung des christlichen Charakters. Eingeleitet wurde die Erörterung durch Professor Chanegie Simpson (Cambridge), der u. a. erklärte: Der wirkliche Charakter befaßt sich zuerst mit sich selbst, dann vermag er alle zu verstehen und allen zu helfen. Schließlich mag er auch, sich dorthin zu begeben, wohin ihn das Schicksal beruft. So war der Heiland der größte Charakter der Weltgeschichte.

Nach weiteren Ausführungen von Professor D. Hendtorff (Leipzig) sprach Professor Fulton (Aberdeen) über den christlichen Charakter, indem er u. a. sagte: Der religiöse Charakter ist in jeder und höchster Gehalt in Christus offenbart. Agron (Rumänien), der darauf das Wort ergriff, erklärte u. a.: Die transsilvanische evangelische Kirche bestand sich früher in einer schweren Lage; der Völkerbund hat jedoch die Verhältnisse jetzt gebessert.

Nach einer weiteren Rede des Bischofs Traßka (Prag) war dieser Beratungsgegenstand erledigt.

## Kongress für Kindererziehung.

Genf. Die verschiedenen Sektionen des Kongresses für Kindererziehung setzten am Mittwoch getrennt ihre Arbeiten fort. Die erste Sektion für Hygiene und Medizin begann mit der einstimmigen Annahme der am Vorabend eingebrachten Resolution über die Frage des Vergleichs der in verschiedenen Ländern getroffenen Maßnahmen, die eine Verminderung der Kindersterblichkeit vor, während und nach der Geburt betreffen, die zweite Sektion für soziale Fürsorge stimmte einstimmig einer Resolution über die Stellung der ausländischen Kinder in den verschiedenen Ländern mit wenig Änderungen zu, die dritte Sektion für Erziehung und Propaganda behandelte das Problem der organisierten Erholungsstunden des schulpflichtigen Kindes.

## Die Ueberführung der sterblichen Hülle Conrads von Hoehendorfs.

Mergentheim. Gestern nachmittag fand die feierliche Ueberführung der Leiche des Generalfeldmarschalls Conrad von Hoehendorf nach Wien statt. Kurz vor 1 Uhr versammelten sich vor der mit Blumen geschmückten Leichenhalle auf dem Friedhof, wo die Leiche aufgebahrt war, die von auswärts eingetroffenen Offiziere, an ihrer Spitze der Wehrkreiskommandeur Generalleutnant Hoffe, ferner der Vorsitzende des württembergischen Offiziersbundes, Generalleutnant Leichmann, und als Vertreter des Königs Ferdinand von Bulgarien General Gantichim. Mannschaften der hiesigen Polizei hatten vor der Leichenhalle Aufstellung genommen. Nach dem Eintreffen der Familienangehörigen des Entschlafenen begann die Trauerfeier. Alsdann folgte die Einsegnung der Leiche durch einen mit dem Verstorbene eng befreundeten Jesuitenpater. Alsdann wurden am Sarge Kränze niedergelegt vom Wehrkreiskommandeur namens des Chefs der Geregeltung, vom Oberamtmann Schöhr namens der württembergischen Staatsregierung und von General Gantichim und General Leichmann, sowie namens der österreichischen Regierung von dem Vertreter des österreichischen Konsulats in Stuttgart, Major Butula. Ansprachen wurden auf Wunsch des Verstorbene nicht gehalten. Nach der Feier wurde der Sarg auf einen mit vier Pferden bespannten Wagen gehoben, worauf sich der Zug unter dem Gefährte aller Gloden und den Klängen des Beethoven'schen Trauermarsches sowie des alten österreichischen Soldatenliedes „Brüder Eugen, der edle Ritter“ durch die von Menschen dicht umäumten Straßen der Stadt zum Bahnhof bewegte. Voraus marschierte die Polizei, dann folgte die Regimentskapelle des 18. Infanterieregiments aus Ludwigsburg. Hinter dem Sarge schritten die Familienangehörigen und Abordnungen. Als der Sarg in die Bahnhofshalle getragen wurde, spielte die Musik: „Ich hatt' einen Kameraden“. Während der Abfahrt ertönten die Klänge des Deutschlandliedes.

## Beleidstelegramm des Reichspräsidenten.

Mergentheim. Reichspräsident v. Hindenburg hat an die Witwe des Generalfeldmarschalls Conrad v. Hoehendorf folgendes Beleidstelegramm gerichtet: „Im Ergötzen sende ich tiefbewegt den Ausdruck meiner tiefen Teilnahme. Der Entschlafene war mir lieber Kamerad, denn ich reich dankbare Erinnerung bewahren werde. Er ruhe in Frieden.“